

# Die Ameise

„Immer strebe zum Ganzen!  
Und kannst Du selber kein Ganzes werden,  
Als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan-, Glas- u. verwandten Arbeiter.

Erscheint jeden Freitag.  
Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exempl. direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pf. = 45 Kr. Oesterr. Währung.

Expedition: C. Kossstraße 26 bei S. B. y. Alle Postanstalten und Zeitungs-Expeditionen nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Vereins-Vorstände und Mitglieder

vom

General-Rath.

Insertionsgebühr für die gewöhnliche Zeile 20 Pf. = 12 Kr. Oesterr. Währ. — Arbeitsmarkt 15 Pf. = 9 Kr. Oesterr. Währ. Für Zusendung u. Offerten unter Chiffre durch die Redaktion resp. Expedition werden 25 Pf. = 15 Kr. Oesterr. Währ. als Vergütung erhoben.

Redakteur: Hugo Bolke, C. Kossstraße 25.

Nr. 33.

Berlin, den 17. August 1877.

Vierter Jahrgang.

## Der Strike und seine Verhütung.

I.

Es ist nichts Neues, was ich in den nachfolgenden Zeilen der Erörterung unterziehen und den Lesern zur Beachtung empfehlen will, es ist ein Thema, das schon oft den Gegenstand der Besprechung und Berathung innerhalb der Gewerksvereinstreife gebildet hat, jedoch ist es von solch' einschneidender Bedeutung, sowohl für den Arbeitgeber, als für den Arbeitnehmer, daß es in der That gar nicht zu oft aufs Tapet gebracht werden kann, besonders wenn wir, wie bis jetzt, betrefss der Verwirklichung desselben noch so gar weit vom Ziele sind. Wenden wir uns also der Sache zu.

Seit Erringung der Koalitionsfreiheit, die als ein entscheidender Sieg des damals mehr und mehr auch bei uns zum Durchbruch gelangenden Freihandelsprinzips zu betrachten war, ist es wie bekannt, den Arbeitern gestattet, zur Erzielung höherer Löhne oder besserer Arbeitsbedingungen oder aber auch zur Abwehr der Schädigung ihrer Arbeitsinteressen in irgendwelcher Beziehung, sich zu gemeinsamer Thätigkeit zu verbinden, jedoch muß diese Verbindung eine von einem jeden Teilnehmer freiwillig eingegangene sein, wie auch der Rücktritt aus derselben Jedem und zu jeder Zeit freisteht, d. h. also, es darf weder bei Eingehung noch bei dem Rücktritt von solchen Verbindungen auf irgend Jemand ein persönlicher Zwang ausgeübt oder Jemand mit Berufserklärung etc. bedroht werden und das Gesetz belegt, wie die Praxis gezeigt hat, den Uebertreter dieses Verbots mit strengen Strafen.

Den Impuls zu diesem gesetzlichen Akte der Aufhebung der Koalitionsverbote gab die vorherrschende Ansicht, daß den Arbeitern, besonders nach Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts, welches denselben die unbeschränkte Theilnahme bei großen Staatsfragen gestatte, die Vereinigung zur Wahrnehmung ihrer engeren Interessen, „zur Debattirung ihrer wirtschaftlichen Zustände, und zur Ausführung von Maßregeln zur Verbesserung ihrer Lage“ wie sich der Abgeordnete Schulze-Delisch damals ausdrückte, unmöglich länger versagt werden könnte.

Natürlich machten die Arbeiter von dem ihnen zugestandenen Rechte alsbald den ausgiebigsten Gebrauch und zahlreiche Arbeitseinstellungen waren die Folge. Die Dauer und der Umfang derselben waren je nach den vorherrschenden Verhältnissen sehr verschieden. Während in Bezug auf den ersten Punkt die jeweilige Konjunktur, die mehr oder weniger große Ausdauer im Widerstande und besonders die Mittel, den Widerstand ertollreich fortzusetzen,

maßgebend waren, wurde letztere Punkt bedingt durch die Anzahl der Arbeiter eines und desselben Berufs, die an einem Ort vorhanden waren und dadurch, ob die betreffende, jeweilig zur Entscheidung stehende Streitfrage alle Arbeiter desselben Berufs an dem betreffenden Orte betraf oder nicht.

Soweit meine Kenntniß in Bezug auf die Strikes reicht, waren die hervorragendsten seit Einführung der Koalitionsfreiheit hinsichtlich des Umfanges bezw. der Zahl der Teilnehmer der Strike der Bergarbeiter zu Waldenburg und Umgegend, der 7000 bis 8000 Arbeiter umfaßte, hinsichtlich der Dauer der Strike der Porzellanarbeiter zu Berlin, der volle 37 Wochen währte.

Nicht minder natürlich war es, daß die anfangs vereinzelt, nach und nach jedoch immer häufiger vorkommenden Strikes in ihren Wirkungen der Gesellschaft die Wahrnehmung aufdrängten, daß die Strikes als eine gefährliche zweischneidige Waffe zu betrachten seien, daß unter ihnen sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer empfindlich zu leiden hätten. Während nun aber die Vernünftigen in der Gesellschaft dieser Thatsache gegenüber das hielten, daß dieser Zustand nur als Uebergangsstadium zu betrachten sei und daß der anfangs wild dahinbrausende Strom nach und nach in ruhigere Bahnen einlenken werde, sah eine andere Richtung, die sich mehr und mehr in den Vordergrund zu drängen suchte, die wirtschaftlichen Rückwärtsreformer, eine Heilung nur in reaktionären gesetzlichen Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete. Diese letzte Richtung setzte sich fast durchweg zusammen aus der Klasse der Arbeitgeber und deren Anhänger, die also, anstatt mit dem Geiste der Zeit fortzuschreiten und auf diesem Wege Mittel zur Abhilfe aufzusuchen, ihr Heil nur in Ausnahmegeetzen, wie z. B. die geplante kriminelle Bestrafung des Arbeitskontraktbruchs auf Seiten der Arbeiter, und in sonstigen reaktionären Schritten erblickten.

Daß es aber auch andere und bessere, als diese verwerflichen Wege gab, um die verderblichen Folgen der Strikes zu verhüten bezw. diese überhaupt zu vermeiden, das zeigte und zeigt das in wirtschaftlicher Beziehung uns stets um ein paar Jahrzehnte vorausseilende England in seinen, dort bereits seit dem Jahre 1860 bestehenden und mehr und mehr an Boden gewinnenden Schieds- und Einigungsämtern. Die Gründe, aus denen sich die Einführung derartiger Institute über all da empfiehlt, wo sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer als freie Kontrahenten gegenüber stehen, sind, wie im Weiteren darzulegen versucht werden soll, geradezu von der höchsten Bedeutung. Sie sind praktischer und ideoeller Natur. Betrachten wir zuerst in folgendem die praktische Seite.

Eine umfassende, zuverlässige Uebersicht über sämtliche innerhalb Deutschlands ausgebrochenen Strikes, besonders in Bezug darauf, wie sich das Gesamtverhältnis des nach dem Strike Erreichten gegenüber dem vor dem Strike Beforderten stellt, d. h. ob und in welchem Maßstabe in der Zeit vom Beginn bis zur Beendigung eines Strikes von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht wurden, ist zwar nicht zu Stande gebracht worden und wird auch jedenfalls schwerlich durchgeführt werden können, einerseits wegen der Schwierigkeit der Sache an und für sich, andererseits aber auch in Hinsicht darauf, daß die bei der einen oder andern Partei zu diesen Zwecken geschehenen Erhebungen wohl kaum als zuverlässig gelten könnten, da die nackte Wahrheit durch die Parteilichkeit nicht gering beeinflusst werden könnte, es also schwer sein dürfte, die auf beiden Seiten vorhanden gewesenen tatsächlichen Verhältnisse klar zu ermitteln. Trotzdem kann man wohl im Allgemeinen als gewiß annehmen, daß bei der größten Zahl der Arbeitseinstellungen keine der Parteien schroff und unverrückt während des ganzen Kampfes auf dem Standpunkte stehen bleibt, den sie beim Beginn des Strikes eingenommen hat, dazu trägt schon der Umstand bei, daß jede Partei, nachdem sie einmal den Kampf in seinen Unannehmlichkeiten gekostet hat, dahin gedrängt wird, den Frieden sobald als möglich herbeizuführen.

Ist also hier als bestimmt anzunehmen, daß in den meisten Fällen jeder der streitenden Theile betr. der ursprünglichen Forderungen Zugeständnisse macht, so steht die Sache hinsichtlich des Erfolges mit den Schieds- und Einigungsämtern genau so. Professor Brentano konstatirt aus der Praxis dieser Institute in England,\*) das es selten sei, daß bei dieser Regelung (durch die Einigungsämter) die Forderungen der einen oder andern Partei unverändert zur Geltung gelangen. In der Regel wird an den Forderungen beider Parteien gestrichen.

Hinsichtlich des Erfolges wird also für beide beteiligte Parteien durch die Schieds- und Einigungsämter dasselbe erreicht werden, was durch die Strikes erreicht wird, nur ist mit der Regelung der Arbeitsbedingungen in den Einigungsämtern der ungeheure Nutzen verbunden, daß der immense Verlust an produktiver Arbeit dadurch verhindert wird.

(Fortsetzung folgt.)

## Wie Herr Fabrikbesitzer Hugo Lonik in Neu- haldensleben über die Gewerksvereine denkt.

(Schluß.)

Im Nachstehenden geben wir nunmehr unsere Erwiderung auf die Erwiderung des Hrn. Hugo Lonik, wie sie in Nr. 39 des „Stadt- und Landboten“ für die Kreise Neuhalbensleben, Gardelegen etc. veröffentlicht ist.

### „Erwiderung auf die Erwiderung.“

Von einer größeren Reile zurückgekehrt, kommt mir die Erwiderung des Fabrikbesizers Hrn. Hugo Lonik in den Nr. 25 und 26 des „Stadt- und Landboten“ auf das früher veröffentlichte Referat „Was die Gewerksvereine wollen“ zu Gesicht. Im ersten Augenblick erließen mir der Verfasser und sein Gloriat nicht wenig genug, um meinerseits eine Erwiderung folgen zu lassen; indessen geboten mir die Rücksichten auf den dortigen Ortsverein der Porzellan- u. Arbeiter, meine Bedenken schwinden zu lassen.

Was ich zu sagen habe, werde ich in möglichster Kürze zusammenfassen und mich auch beschränken, genau über die Grenzen des Anstandes überschreitenden Ausdrucksweise des Fabrikbesizers Hrn. Hugo Lonik einen besseren Ton anzulagen.

In jeder Zeit — bemerkt Hr. Lonik — werde ich die guten Absichten dieses Programms (der Gewerksvereine nämlich, wie ich es dort dargestellt habe) nicht nur mit Freuden begrüßen, sondern auch unterstützen u. s. w. Auf diese Grundgedanken dankend zu antworten, bin ich leider nicht in der Lage, ich muß im Gegentheil ausdrücklich betonen, daß die Gewerksvereine nicht bloß auf jede Unterstützung durch Hrn. Lonik gern verzichten, sondern sich vielmehr geradezu verbitten, weil sie hiervon statt einer Förderung eine Schädigung ihrer Sache befürchten. Giebt es doch Personen, die durch ihr selbst pöbliches Auswertung an einer Sache, und mag dieselbe noch so gut sein, den Erfolg derselben geradezu ausschließen, so die Sache selbst verderben!

Denn dann weiter Hr. Lonik die Gewerksvereine in Zusammenhang zu bringen sucht mit der angeblichen „neuen freien deutschen Arbeiterpartei“, die in der „Magdeb. Ztg.“ eine abtätige Krut erfahren hat, so ist das eben kein besonderes Vergehn für die Lage des genannten Hrn. Fabrikbesizers. Was in aller Welt haben denn die Gewerksvereine mit der „neuen freien deutschen Arbeiterpartei“ der, welchen bemerkt, nur im Kopfe des Hrn. Lonik wohnt? Was ist denn eine solche Partei gegründet worden? Dr. Haldensleben ist dem folgenden: Der Reichstagsabgeordnete Dr. Max Hirsch ist aus einem Kamm, das außer jeder Verbindung mit den Gewerksvereinen gestanden, er nicht nur, an einem Kongress zur Begründung einer neuen Ar-

beiterpartei behufs wirksamer Bekämpfung der Sozialdemokratie theilzunehmen und hat diesem Ersuchen auf Wunsch der Centralbehörde der Gewerksvereine Folge gegeben. Auf seinen Antrag hat der Kongress von der Begründung einer eigenen Arbeiterpartei abgesehen und beschlossen, sich in alljährlichen Zusammenkünften, in Form eines „Deutschen Arbeiterkongresses“ zu vereinigen. Daß einige den Gewerksvereinen und ihrem Begründer seit Jahren feindselige Blätter, wie die „Magdeb. Ztg.“, aus dem Umstand, daß Hr. Dr. Max Hirsch, welcher zugleich Anwalt der deutschen Gewerksvereine ist (nota bene **unbefolgender** Anwalt), an den Beratungen des bemerkten Kongresses theilgenommen, einen Zusammenhang mit den Gewerksvereinen herausgefunden — darf als eine billige Entstellung der Thatsachen weiter nicht Wunder nehmen. Hr. Lonik mußte aber diesen von der Mehrzahl der deutschen Zeitungen bargelegten Sachverhalt kennen und hätte deshalb besser gethan, den Lesern reinen Wein einzuschütten, da er sich doch unmbglich dem Vorwurf der wissentlichen Unwahrheit auszusetzen beabsichtigte.

Bei dieser Gelegenheit nimmt Hr. Lonik Anlaß, mich einen „Schiffkaputen“ des Hrn. Dr. Max Hirsch zu nennen. Statt einer Erwiderung auf diesen, gewiß sehr „anständigen“ Ausdruck möchte ich Hrn. Lonik auf die dortige Versammlung verweisen, in welcher ich ihn nur mit **Glaeshandschuhen** angefaßt habe, wiewohl er es verdient hätte, daß ich ihn auf Grund des mir von Personen verschiedener Stände überreichten Materials in seiner wahren Gestalt hätte zeichnen sollen, gewiß zur Befriedigung der ganzen Versammlung.

Wenn Hr. Lonik ferner, um den Ursprung der Arbeiterfrage nachzuweisen, seine großen geschichtlichen Kenntnisse den Lesern zum Besten giebt, so will ich den letzteren den Glauben an die Wahrheit dieser „Geschichten“ nicht eben rauben, habe aber alle Veranlassung, mir eine Prüfung derselben bis zu meinem nächsten Dortsein vorzubehalten. Auch möchte ich Hrn. Lonik schon heute den Rath erteilen, einen Kursus in der National-Ökonomie durchzumachen und sich mehr mit der Gegenwart als mit den hinter uns liegenden Jahrhunderten zu beschäftigen. Geschieht das, wie wohl angenommen werden darf, dann wird Hr. Lonik auch die Nichtigkeit des Satzes begreifen lernen, daß der einzelne Arbeiter dem Arbeitgeber gegenüber in der That nur ein Null ist. Für heute will ich in dieser Hinsicht nur folgendes anführen: Unsere Gewerksvereine tragen den Satz an der Spitze, daß der Arbeitsvertrag auf freiem Uebereinkommen beider Theile beruhen solle. Ist aber dieser **rechtmäßig** freie Arbeitsvertrag ein **factisch** freier? Nein, antworten darauf alle National-Ökonomen sowohl wie die einsichtigen Fabrikanten. „Die Arbeiter — hebt der Professor Dr. Lupo Brentano in seinem neuesten Werke „Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht“ in Uebereinstimmung mit den Thatsachen hervor — sind vereinzelt weder im Stande, im Falle die Arbeitgeber die von ihnen gewünschten Arbeitsbedingungen verwerfen, ihre Waare (Arbeit) vom Markte zurückzuziehen, noch auch überhaupt das Angebot ihrer Arbeit der Nachfrage anzupassen. In Folge dessen besteht keine Freiheit des Arbeitsvertrags, sondern der Arbeitgeber setzt die Arbeitsbedingungen einseitig fest, und die Noth zwingt den Arbeiter, sich ihnen zu unterwerfen. Erst die Gewerksvereine setzen die Arbeiter in Stand, bei Abschluß des Arbeitsvertrags mit dem Arbeitgeber über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln und ihr Angebot der Nachfrage anzupassen.“ So, Hr. Lonik, nun fragen Sie einmal Ihre Arbeiter, wer Recht hat.

Daß die heutigen Arbeiter bedeutend mehr können und leisten müssen, wie ich an jenem Versammlungsabend im Allgemeinen bemerkt habe, wird von keinem vernünftigen Menschen bestritten werden können; entsprechend dem Fortschritt unseres ganzen Kulturlebens werden heute an den Arbeiter größere Anforderungen als früher gestellt, sowohl in geistiger wie in gewerblicher Beziehung. Ganz unmotiviert brüsktet sich hierbei Herr Lonik, daß er zu den Leuten gehört, die den Arbeitern die Groschen geben, „welche andere gewisse Arbeiterfreunde recht gern annehmen.“ Leider sollen es eben nur „Groschen“ sein, die Sie, Herr Lonik, Ihren Arbeitern geben und sich dadurch den Ruf eines großen „Arbeiterfreundes“ erworben haben!

Am Schluß seiner „Erwiderung“ glaubt nun Herr Lonik den Trumpf auszuspielen, indem er die Kranken- und Invalidenkasse eine jener guten Ideen nennt, die ich vorgeführt, jedoch zu bemerken giebt, „daß nur der Arbeiter Kassenmitglied werden kann, welcher auch Gewerksvereinsmitglied ist und erst seinen Groschen wöchentlich für den Verein selbst geben muß, dann Verbands- und Agitations- u. s. w. Steuer, so daß wohl mindestens 15 Pf. wöchentlich herauskommen. Für dieses Geld wird absolut nichts Greifbares geleistet, denn alles geht so ziemlich für Verwaltung und Agitation darauf.“ Ja wohl, Herr Lonik, es kann nur der Arbeiter Kassenmitglied werden, welcher auch Gewerksvereinsmitglied ist und — der deutsche Reichstag hat dieses Verhältniß nicht nur bestätigt, sondern auch die Gewerksvereins-Hilfskassen **gesetzlich** anerkannt. Das ist bitter, nicht wahr? Aber der deutsche Reichstag urtheilt nicht, wie gewisse Personen, nach Laune und Lust, sondern er hat ein wenig die Geschichte und Statistik der Hilfskassen zu Rathe gezogen und dabei herausgefunden, daß ihre solidarische Verbindung mit der Berufs- und Standesorganisation nicht eine schlaue Erfindung der modernen Gewerksvereine ist, sondern daß sie vielmehr mit den Hilfskassen selbst im frühen germanischen Mittelalter entstanden. Die Hilfskassen haben sich immer erst aus der Berufsorganisation entwickelt, sie haben in dem Gewerksverein das belebende, anregende, reformirende und kontrollirende Element, das ihnen — man denke nur an die kaum bejudeten schlaftrigen Generalversammlungen unserer üblichen Kranken- und Sterbekassen! — sonst so regelmäßig fehlt und das doch zum dauernden Gedeihen so notwendig ist. Der Groschen für die Gewerksvereinskasse ist zu Zwecken der Bildung, des Rechtsschutzes, der Unterstützung in Nothfällen, aber auch dazu bestimmt, gewisse Fabrikanten in Schach zu halten, die sich sonst mancherlei Uebergriffe den Arbeitern gegenüber erlauben würden!! Darnach werden Sie einsehen, Herr Lonik, daß dieser Groschen doch nicht so nutzlos weggeworfen, wie Sie sagen, ist, im Gegentheil sehr Greifbares für dies Geld geleistet wird! Ihre Behauptung, daß all' dies Geld (die Verbands- und Agitationssteuer einbegriffen) so ziemlich für Verwaltung und Agitation daraufgeht, kommt einer Verbreitung solcher Thatsachen nahe, die nach dem Strafgesetzbuch böse geahndet wird. Aber fürchten Sie nichts: Sie haben ja nur aus dem Legikon des Herrn Friedrich Jacob Müller in Coburg geschöpft und Herr Müller ist Ihr und unser — „Freund“!

Die Kranken- und Invalidenkasse sollen auch eine „Schlinge“ sein, wo-

\*) Esage von Hirsch „Das Arbeitsverhältnis gemäß dem heutigen Recht“ Leipzig 1897, Zander und Junfermann.

mit Dr. Max Girsch die Arbeiter fängt und das muß wahr sein, weil es der verstorbene Socialdemokrat Bischof in Borsheim gesagt hat. Diese Quelle ist offenbar eine trübe, ich will aus einer reineren schöpfen und Ihnen lieber die Leistungen jener „Schlinge“ vor Augen führen, vielleicht nehmen Sie Anlaß, Ihren Arbeitern eine ähnliche „Schlinge“ zu bieten, brauchen könnten sie dieselbe zweifelsohne. Die Verbands-Invalidentasse hat seit ihrer Begründung 122 Mitglieder als invalid und pensionsberechtigt anerkannt, von denen 18 bisher gestorben sind, 6 ihre Arbeitskraft theilweise in Folge der von der Invalidentasse ermöglichten Heilkuren wieder erhielten und gegenwärtig noch 98 zusammen wöchentlich 438 Mk. oder durchschnittlich 4,50 Mk. pro Kopf und Woche an Invalidengeld beziehen. Die Verbands-Invalidentasse besitzt ein Vermögen von rund 200,000 Mk. Die Invalidentasse des Gewerkevereins der Maschinenbauer hat bis zum 1. Juli 53 Mitglieder als invalid und pensionsberechtigt anerkannt und nach Abzug der 5 Verstorbenen an 48 Mitglieder die regelmäßige Invalidenpension im Gesamtbetrage von wöchentlich 223,50 Mk., pro Kopf durchschnittlich 4,50 Mk. gezahlt, so daß die beiden Invalidentassen, die mit einander in Kartell stehen, am 1. Juli d. J. 146 invalide Arbeiter mit einer regelmäßigen Wochenpension von zusammen 661,50 Mk. unterstützten. Von diesen 146 Arbeitern mußten 6 wegen Schwächung des Sehvermögens, 38 in Folge von Verunglückungen, 13 wegen allgemeiner Schwäche, 40 wegen Altersschwäche, 6 wegen asthmatischer Beschwerden, 18 wegen Ringenleiden, 12 wegen Rheumatismus u. als invalid erklärt werden.

Ich bin zu Ende. Eines aber möchte ich noch bemerken: Gerade aus dem Umstande, daß Herr Lönitz gegen die Gewerkevereine sich erklärt hat, werden die denselben noch fern stehenden Arbeiter erst recht die Ueberzeugung erlangen, daß die Gewerkevereine eine praktische, etwas Greifbares bietende Organisation sind!

„Die schlechtesten Früchte sind es nicht,  
Woran die Wespen nagen.“

Und nun Gott befohlen, Herr Fabrikbesitzer Hugo Lönitz!

Berlin.

Hugo Volke.“

### Zur Beachtung für alle Mitglieder der Kranken-Kasse, eingeschriebene Hilfskasse.

Anlässlich vorgekommener Unklarheiten in der Auslegung des § 8 des Kr.-Kassenstatuts macht der Vorstand hiermit darauf aufmerksam, daß die Bestimmungen dieses Paragraphen von allen Mitgliedern, besonders aber seitens der Kassierer, streng zu beachten sind. Die Krankmeldung hat darnach zuerst beim Kassierer zu geschehen, von wo ab auch der Anspruch auf Krankengeld gilt.

Dagegen gilt für Mitglieder, welche sich an Orten befinden, wo keine Verwaltungsstelle besteht (auswärtige Mitglieder) nur der Tag als Anfang des Anspruchs auf Krankengeld, welchen der Arzt auf dem, nach den Bestimmungen des § 4 beglaubigten, eingesandten Krankenschein als Tag des Anfangs der Krankheit bezeichnet hat und werden auch in Bezug auf die richtige Handhabung dieses Paragraphen (§ 4) die Kassierer um genaue Beachtung der Bestimmungen desselben ersucht.

Es haben darnach die Kassierer auf das einfache Verlangen auswärtiger Mitglieder an dieselben den gewünschten Krankenschein behufs ärztlicher Untersuchung abzuschicken. Die Absendung des Krankengeldes hat zu erfolgen, sobald der wöchentlich einzulauende ärztliche Krankenschein, der jedoch gemäß § 4 beglaubigt sein muß, beim Kassierer eingelaufen ist. Man wolle sich im Uebrigen die einschlagenden Bestimmungen genau einprägen.

Weiter diene den Kassirern noch folgender Beschuß des Vorstandes zur Nachricht: In allen Fällen, in denen ein Mitglied einzelne Tage über eine volle Woche krank ist, ist bezüglich der Erhebung der Beiträge so zu verfahren, daß, wenn die überschießenden einzelnen Tage mindestens 4 betragen, für die betr. Woche kein Beitrag, im Falle jedoch die einzelnen Tage nur drei und darunter betragen, der volle Beitrag für die betr. Woche zu zahlen ist.

Die genaue Befolgung dieser Vorschriften ist dringend geboten.

Mit genossenschaftlichem Gruß

Willy Reichert, stellv. Vorsteher. Jul. Bey, Hauptkassierer.

### Die Bildung und die Sozialdemokratie.

Wie sehr auch im Augenblick die Wechselfälle des russisch-türkischen Krieges in Bulgarien und Kleinasien mit ihren überraschenden Wandlungen zwischen Sieg und Niederlage die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, so hat doch eine andere Frage, die nun seit dreißig Jahren stillschweigend, bald offen und anerkannt, bald heimlich und verleugnet, neben allen politischen und religiösen Fragen einhergeht, für uns eine viel größere Bedeutung, als die staatlichen Veränderungen auf der Balkanhalbinsel. Denn zunächst ist jener Kampf doch für uns, Dank unserer geographischen Lage, Dank der Einheit unseres Vaterlandes, nur so recht im Sinne der betrunnen Götthe'schen Verse ein schaurig-erregender Gesprächston; selbst das leidenschaftlich erregte Gefühl der Menschlichkeit kann, wie die Sachen einmal

liegen, über das Wort und die Handlung des Mitleids nicht zu einer energischen That kommen, dem grausamen Wüthen des Volks- und Glaubenshasses Einhalt zu gebieten. Was aber beständig vor und neben uns sich als ein riesiges Fragezeichen aufrichtet und durch keine politische Veränderung verschleichen läßt, das ist die sozialdemokratische Bewegung.

Schroff und feindlich stellt sich die Sozialdemokratie nicht nur den herrschenden gesellschaftlichen Zuständen, sondern der gesammten Kultur gegenüber. Wie sie unsere Verfassung und die Ordnung der Gesellschaft für ungerecht, unheilvoll und verrottet erklärt, so findet sie, daß auch unsere Bildung von Grund aus umgekehrt und umgewandelt werden müsse, und mit gleicher Entschlossenheit geht sie zu dem einen wie zum andern Ziele vor. Mit den Mitteln, die man vielfach zur Verbreitung allgemeiner Volksbildung geschaffen hat, arbeitet jetzt auch die Sozialdemokratie. Sie hält dem „Volke“ Vorträge über die Entwicklung der Naturwissenschaften und die römische Geschichte, in belletristischen Zeitschriften streut sie in allen Formen der Darstellung, in Erzählungen und Gedichten, in „wissenschaftlichen“ Skizzen und Charakterbildern ihre Samenkörner aus, sie erfindet Räthsel, Gleichnisse, Fabeln zum Gebrauch und Nutzen der Sozialdemokratie.

Der sozialdemokratische Gedanke erfüllt und erleuchtet alles; ob an passender oder unpassender Stelle, gleichviel — er hat das erste und letzte Wort. Die Weltgeschichte ist von Anfang bis zum heutigen Tage nichts als eine Unterdrückung des armen Volkes gewesen, es gibt in ihr nur Tyrannen und Märtyrer, alle müssen sich zum letzten Kampf rüsten, der endlich die Kapitalwirthschaft beseitigen und das Reich der Gleichheit und Gerechtigkeit herstellen wird. Vaterlandsliebe, Gehorsam gegen das Gesetz, religiöse Gesinnung sind das Zeichen eines bornirten, zurückgebliebenen Kopfes. Jede Wissenschaft, jede Kunst, die sich mit anderen Idealen, als mit der besten Sättigung des Hungers und des Durstes beschäftigt, dient einzig der Reaktion, dem Bürgerthum, ist einzig eine unfreie Schmeichlerin des Kapitals. In jeder Erzählung, in jedem Gedicht wiederholt sich der eine Gegensatz: Reich oder arm? Satt oder hungrig? Mit einem Geschick, dem man seine Anerkennung nicht versagen kann, werden die Leser auf den Umsturz des Bestehenden hingewiesen, zum Bürgerkrieg erzogen, wird ihnen der Klassenhaß eingeimpft. All' die tausend Uebergänge und Vermittelungen zwischen den Reichen und Armen: die tausend Möglichkeiten, die jetzt bei vollkommener Verkehrs- und Bewegungsfreiheit den Armen sich darbieten, ein Vermögen zu erwerben; all' die verschiedenen und mannigfaltigen Reformen der Gesetzgebung, die Anstalten und Einrichtungen, die seit fünfzig Jahren in nie nachlassendem Eifer in England und Deutschland für das Wohl der arbeitenden Klassen getroffen worden sind, werden mit Stillschweigen übergangen, keiner dieser sozialdemokratischen Führer sagt jemals: arbeite und spare! — das ruft nur den Lohn oder den Ruf: Verrath! hervor. Ihm wird einzig nur wiederholt: bereite Dich auf den Kampf vor! Die Hoffnung ist in diesen Kreisen längst durch den Fluch ersetzt worden.

Unsere Volksbildungsvereine, unsere Handwerkervereine, unsere sogenannten populären Zeitschriften können sich leider der Mitschuld nicht entschlagen. Nur wenige haben sich an den Grund der Arbeit gehalten. Nur zu vielfach haben sie der Propaganda und der Untorbildung den Boden gelockert. Alles Mögliche und Unmögliche wird hier flüchtig und oberflächlich, wie es nicht anders sein kann, in Vorträgen und Aufsätzen behandelt. Von einer sorgfältigen Auswahl des zu behandelnden Stoffes, von einer Rücksicht auf den Bildungsgrad der Zuhörer und der Leser ist nur in den seltensten Fällen die Rede. Hundert Schäffeln auf einmal werden dem „Vernünftigen Volk“ vorgezerrt; gierig kostet er von allen — was Wunder! daß er sich den Magen verdirbt? Der dumpfe Druck, der so lange auf unseren Schulrichtungen lag, hat die Geister der heranwachsenden Generation nicht gestärkt für den ersten geistigen Kampf, in dem sie doch größer werden mußten. An gefährlichsten aber für die Volksbildung und Aufklärung, die doch nur allmählich fortschreiten, sich ausbreiten und vertiefen kann, hat sich über eine der glänzendsten Epochen in der Geschichte der Wissenschaften, der Aufschwung der Naturwissenschaften erwiehen. Ein Gefühl bemächtigte sich der Welt, ähnlich wie bei der Ausfindung der Goldfelder Kaliforniens; hier lag mühelos die Wahrheit, es galt nur sich zu bücken und sie aufzuheben, um sie rein und unverfälscht zu besitzen. Selbst die Mühe des Verneis war erspart — man brauchte nur zu wollen und man wußte — man brauchte nur zu reden und man weisagte.

Auf ein Hörensagen von Darwin'schen Lehren hin, glaubt

jetzt jeder über die tiefsten Geheimnisse der Natur mitsprechen zu können; Hypothesen werden leichtsinnig mit Resultaten zusammengeworfen, zweifelhafte Beobachtungen und Entdeckungen als untrügliche Wahrheiten ausgerufen. Von dem Urschleim aus baut man dann, im Gegensatz zu der geschichtlich gewordenen, eine ganz neue Welt auf — eine Sumpfwelt, in der weder Gesetz noch bürgerliche Freiheit, weder das Vaterland noch das Heldentum, weder Wissenschaft noch Kunst einen Platz zum Stehen haben, aus der alles und alle langsam in den Urbrei zurücksinken. Der von seiner Affenabstammung überzeugte moderne Mensch sehnt sich unwillkürlich in das Tierreich und die Freiheit des Urwaldes zurück. Diese Stimmungen und Anschauungen sind die Furchen für das sozialdemokratische Samenkorn. Neppig schießt es auf diesem von der Halbbildung so trefflich vorbereiteten Boden in die Höhe. Mit dem halben Wissen, das nichts so gründlich haßt wie die ganze Wissenschaft, und nichts so sehr scheut, als ihre Erwerbung, verbindet sich die leidenschaftliche Phrasie, die allen schlimmen Begierden die Lösung giebt. Methodisch erhält die Sozialdemokratie sowohl durch ihre politischen Zeitungen wie durch ihre belletristischen Zeitschriften und ihre belehrenden Vorträge die Unzufriedenheit unter den Arbeitern, überall spielt sie mit dem Feuer des Aufbruchs, ob sie eine politische Rede hält oder auf der Pan-flöte bläst, immer droht sie mit einem allgemeinen Umsturz. Wiederum begegnet sie sich darin mit dem Ultramontanismus: den Rothem wie den Schwarzen ist es gelungen, die Geschichte und die Religion, die Wissenschaft und Kunst zu vergiften.

Welchen Damm hiergegen kann eine Journalistik ziehen, wie wir sie vielfach jetzt an der Arbeit sehen, deren ganzes Ziel darauf gerichtet ist, den Ernst der Dinge zu eskamotieren, welche die wichtigsten Angelegenheiten nach dem Gesichtspunkt mehr oder weniger pikanten Unterhaltungsstoffes behandelt, die mit einer Sensation beginnt und mit einem Witz abschließt und die alle Fehler der sozialdemokratischen und ultramontanen Presse hat, nur nicht deren Ernst. Diesen Einflüssen, die von den verschiedensten Seiten kommend immer dasselbe Angriffsobjekt haben, entgegen zu wirken, sollte eine Hauptaufgabe unserer Bildungsvereine sein.

(H. d. „Saarbr. Ztg.“)

## Die Leistungen unserer Invalidentassen.

In den Blättern finden wir folgende Notiz: Die segensreiche Wirksamkeit der aus eigener Initiative der Arbeiter entsprossenen Verbands-Invalidentasse der deutschen Gewerksvereine spiegelt sich recht deutlich in dem letzten, bis zum 1. Juli d. J. reichenden Geschäftsberichte derselben ab. Bis zu diesem Zeitpunkt hat die Kasse seit ihrer Begründung 122 Mitglieder als invalid und pensionsberechtigt anerkannt, von denen 18 bisher gestorben sind, 6 ihre Arbeitskraft theilweise in Folge der von der Invalidentasse ermöglichten Heilkuren wieder erhielten, und gegenwärtig noch 98 zusammen wöchentlich 438 Mk. oder 4,50 Mk. pro Kopf und Woche an Invalidengeld beziehen. Die Invalidentasse des Gewerksvereins der Maschinenbauer hat bis zum 1. Juli 53 Mitglieder als invalid und pensionsberechtigt anerkannt und nach Abzug der 5 Verstorbenen an 48 Mitglieder die regelmäßige Invalidenpension im Gesamtbetrage von wöchentlich 223,50 Mk., pro Kopf durchschnittlich 4,50 Mk., gezahlt, so daß die beiden Invalidentassen, die mit einander in Kartell stehen, am 1. Juli d. J. 146 invalide Arbeiter mit einer regelmäßigen Wochenpension von zusammen 661,50 Mark unterstützten. Von diesen 146 Arbeitern mußten 6 wegen Schwächung des Sehvermögens, 38 in Folge von Verunglückungen, 16 wegen allgemeiner Schwäche, 40 wegen Alterschwäche, 6 wegen asthmatischer Beschwerden, 18 wegen Lungenleiden, 12 wegen Rheumatismus u. als invalid erklärt werden.

## Personal-Nachrichten.

**Telegramm. Königszell, 15. August 77.** Wegen nochmaliger Lohnreduktion hat unterzeichnetes Personal heute gekündigt. Bezug nach hier wollen die Kollegen abholen.

**Das Dreher-Personal Königszell.**

**Mildeneichen, 10. August.** Auf die Anfrage des Dreher-Personals der fgl. Porz.-Manufaktur in Berlin geben wir bekannt, daß wir an alle durchreisende Kollegen, welche mit richtigen Pa-

pieren versehen sind, (Prinzipal- und Personal-Attest) gleichviel, ob sie dem Reiseunterstützungs-Verbande angehören oder nicht, das volle Reisegeld auszahlen. An Kollegen jedoch, die von Fabriken kommen, welche nur das halbe, oft auch noch weniger Reisegeld zahlen, geben wir vom 15. August ab auch nur die Hälfte.

Das Dreher-Personal zu Mildeneichen.

## Vereins-Nachrichten.

**§ Moabit.** In der Versammlung des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter Berlin III vom 31. v. M. wurden drei Mitglieder der drei Moabiter Ortsvereine gewählt, welche mit Herrn Dr. Netslag in Moabit Rücksprache nehmen sollten, unter welchen Bedingungen und namentlich ob nicht auch bei geringerer Betheiligung derselbe einem zu begründenden Moabiter Medicinalverbande seine Dienste leihen würde. Der genannte Arzt erklärte sich bereit, sofort in das Unternehmen einzutreten und beanspruchte für das einzelne Mitglied 3 Mark, für eine Familie einschließlich der Kinder bis zu 14 Jahren 6 Mark jährlich. Auf diese Bedingungen glaubte man eingehen zu dürfen und beschloß, da sich bis jetzt 35 Mitglieder gemeldet haben, mit der Begründung des Medicinalverbandes vorzugehen. Bei einer am Sonntag abgehaltenen Besprechung wurden vorläufig folgende Grundzüge aufgestellt: Der Beitritt ist nur Gewerksvereinslern gestattet, und zwar nur bis zum 45. Lebensjahre; jedoch sollen bis zum 1. Oktober d. J. bzw. bis zum 1. Januar n. J. auch ältere Mitglieder aufgenommen werden können. Das einzelne Mitglied hat wöchentlich 10 Pf. zu zahlen; ein Mitglied für sich und seine Frau zahlt 15, für sich, seine Frau und die Kinder bis zu 14 Jahren 20 Pf.; gehört das Mitglied einer andern Arztkasse an, so zahlt die Frau 10, Frau und Kinder 15 Pf. Für jedes weitere Familienglied über 14 Jahren sind wöchentlich 10 Pf. zu entrichten. Dafür wird freier Arzt und freie Arznei gewährt. — Da der Arzt selber einen baldigen Abschluß wünscht und dieser auch durch die Sache geboten erscheint, einigte man sich, am Sonntag den 19. August Vormittag 10 Uhr im Zimmermann'schen Lokale, Thurmstraße 40, zur Konstituierung des Medicinalverbandes zusammenzutreten. Die Moabiter Verbandsgenossen werden dringend ersucht, zu dieser Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen, womöglich auch außer der Organisation stehende Bekannte einzuführen, da diese auf solche Weise am besten für die Organisation gewonnen werden dürften. — t.

**§ Lettin.** Protokoll der Ortsversammlung vom 2. Juli. Die Tagesordnung betraf den Bericht über beide Kassen. Nachdem derselbe verlesen und vom Kontrolleur Hrn. Hufschneidner vorgelegt worden, ergab sich, daß die eingeschriebene Hülfskasse einen Bestand von M. 59,77 aufweist, die Ortsvereinskasse dagegen mit einem Bestand von M. 23,50 schloß. Die Kasse wurde für richtig befunden und dem Kassierer Hrn. Büchel Decharge erteilt. Hierauf folgte die Erhebung der wöchentlichen Beiträge. Nach Erledigung verschiedener Gewerksvereinsangelegenheiten wurde die Versammlung um 1/29 vom Vorsitzenden Hrn. Ludwig geschlossen. — Ed. Eberhardt, Schriftführer.

**§ Segerhall bei Neuwedell.** (Protokollauszug der Ortsversammlung vom 11. August.) Der Vorsitzende Hr. Gustav Jäkel eröffnet die Versammlung um 8 1/2 Uhr. Nach Verlesung des letzten Protokolls wird zur Tagesordnung übergegangen. Punkt 1 betrifft Kassenlegung. Die Verwaltung wird in Ordnung befunden und hierauf dem Kassierer Decharge erteilt. Punkt 2 betrifft Vorlesung und Zergliederung der neuen Statuten, sowie auch der Zweck derselben den zugetretenen Mitgliedern klar gelegt wurde. Schluß der Sitzung 9 1/2 Uhr. — Theodor Schindler, Schriftführer.

**\* Generalversammlung des lokalen Reisegeld-Verbandes Berlin.** Sonntag, den 19. d. M. 9 1/2 Uhr Vorm. bei Wittig außerordentliche Generalversammlung des lokalen Reisegeldverbandes Berlin. Tagesordnung: 1) Unsere Stellung zum Reiseverbande, 2) Diskussion über den Antrag Wiesner, 3) Innere Angelegenheiten. Bei der Wichtigkeit des ersten Punktes fordern wir die Mitglieder dringend auf, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand. J. A. Stricker.

**Ortsversammlung der Porzellan- und verwandten Arbeiter zu Moabit.** Montag, den 20. d. M., Abends 8 Uhr im Wittig'schen Lokale, Thurmstraße. Tagesordnung: 1) Punkt. Anträge zum Verbandstag, 2) Bericht des Kassiers über die zu zahlenden Organ-Gelder, 3) Punkt. Wahl eines Revisors, 4) Punkt. Besprechung über den Besuch des Aquariums. Es wird gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. — M. Suhn, Schriftführer.

**Versammlung der örtlichen Verwaltungs-Stelle (eingeschriebene Hülfskasse).** Montag, den 20. d. M., Abends 8 Uhr bei Wittig, Thurmstraße. Tagesordnung: 1) Punkt, Wahl eines Revisors, 2) Punkt, Begutachtung über Stundungsgejud. — M. Suhn, Schriftführer.

Für eine **Siderolithfabrik** wird ein **Theilnehmer** mit einer Einlage von 3000 Mk. gesucht. Schr. D. B. 104 a. d. Red. d. Blattes erbeten.